

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 14 vom 25. November 2016**

Der städtische Petitionsausschuss hat am 25. November 2016 die nachstehend aufgeführten sieben Eingaben abschließend beraten. **Der Ausschuss bittet, die Stadtbürgerschaft möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen.**

Insa Peters-Rehwinkel  
(Vorsitzende)

**Der Ausschuss bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären, da die Stadtbürgerschaft keine Möglichkeit sieht, den Eingaben zu entsprechen:**

**Eingabe-Nr.:** S 19/45

**Gegenstand:** Städtepartnerschaft mit Izmir

**Begründung:** Die Petentin fordert die Beendigung der Städtepartnerschaft zwischen der türkischen Stadt Izmir und Bremen. Hintergrund ist der Umgang mit Hunden in Izmir. Die Petentin beklagt, dass dort Hunde von der Straße aufgelesen und lebend in Müllwagen geworfen werden würden, wo sie qualvoll zu Tode kämen. Die Petition wird von drei Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern unterstützt.

Der städtische Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petentin eine Stellungnahme des Chefs der Senatskanzlei eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt dar:

Die Städtepartnerschaft mit Izmir ist initiiert worden, um insbesondere der türkischstämmigen Bevölkerung in Bremen die Möglichkeit zu geben, vielfältige Beziehungen in die Türkei zu pflegen. Bei den bisherigen Aktivitäten und Projekten hat der Tierschutz keine Rolle gespielt. Der Ausschuss hält die Städtepartnerschaft zu Izmir für eine sinnvolle Verbindung, auf die nicht verzichtet werden sollte. Er begrüßt aber das Vorhaben der Senatskanzlei, das Thema Tierschutz bei offiziellen Besuchen mit Vertretern aus Izmir zukünftig anzusprechen und die Partner, die in Izmir aktiv sind, zu bitten, in Zukunft ein Augenmerk in diese Richtung zu haben. Zudem sollte beobachtet werden, ob sich der Umgang mit den Tieren in Izmir verbessert und ob weitere Maßnahmen erforderlich sind, um die Situation zu entschärfen.

**Eingabe-Nr.:** S 19/80

**Gegenstand:** Beschwerde über das Standesamt

**Begründung:** Die Petentin beschwert sich über die Bearbeitung verschiedener Anliegen durch das Standesamt Bremen-Mitte und begehrt die Absetzung des dortigen Amtsleiters. Sie äußert Unverständnis darüber, dass einige Tatsachen nicht beim Standesamt bekannt waren, sondern entscheidungserhebliche Unterlagen von den Antragstellern selbst beigebracht werden mussten. Zudem sei nach ihrer Auffassung das Anmeldeverfahren beim Standesamt Bremen-Mitte zu teuer und diene einzig dazu, das Personal von der Arbeit zu entlasten.

Der städtische Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petentin eine Stellungnahme des Senators für Inneres eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt dar:

Der Ausschuss kann den Unmut der Petentin darüber nachvollziehen, dass für die Ausstellung benötigter Urkunden teilweise mehrere Vorsprachen notwendig sind. Die einschlägigen Gesetze regeln allerdings, welche Dokumente jeweils vorzulegen sind. Sofern die Unterlagen unvollständig sind, ist aus rechtlichen Gründen eine Beurkundung nicht möglich. Ermessensspielräume bestehen in diesen Fällen nicht. Selbst wenn fehlende Unterlagen von Amts wegen angefordert werden könnten, kann in eilbedürftigen Fällen häufig schneller Abhilfe geschaffen werden, indem die Kunden ihre vorhandenen Unterlagen selber beibringen. Auf diese Weise lassen sich Wartezeiten vermeiden. Der Vorwurf der Petentin, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Standesamts nicht arbeiteten, wird zurückgewiesen. Durch unterschiedliche Bearbeitungszeiten und mehrere Warteräume kann allerdings der falsche Eindruck entstehen, dass vorübergehend keine Bearbeitung erfolgt.

Der Ausschuss kann der Eingabe daher nicht entsprechen. Dennoch ist ihm die angespannte Personalsituation im Standesamt Bremen-Mitte bekannt. Er appelliert an den Senator für Inneres, schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen.

**Eingabe-Nr.:** S 19/85

**Gegenstand:** Öffnung des Polizeireviers Vegesack

**Begründung:** Die Petentin begehrt aufgrund der Kriminalitätslage in Bremen-Nord die durchgängige Öffnung des Polizeireviers Vegesack. Sie begründet ihr Anliegen damit, dass es zu lange dauere, wenn die Polizeibeamten aus anliegenden Revieren anfahren müssten.

Der städtische Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petentin eine Stellungnahme des Senators für Inneres eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt dar:

Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2015 zeigt für den Bereich Bremen-Nord keine besonderen Auffälligkeiten und die Straftaten waren insgesamt rückläufig. Der Einsatzdienst in Bremen-Nord wird von den Standorten in Lesum und Blumenthal im 24-Stunden-Betrieb wahrgenommen. Die Beamtinnen und Beamten an beiden Standorten sind somit zu jederzeit präsent und gewährleisten bei Notfällen in spätestens acht Minuten vor Ort zu sein. Der Ausschuss sieht die polizeiliche Verfügbarkeit in Bremen-Nord derzeit als ausreichend an. Er begrüßt die Aussage des Senators für Inneres, dass die Sicherheitslage in Bremen-Nord weiterhin genau beobachtet werde und man darauf achte, dass die Kriminalitätsentwicklung nicht zulasten einzelner Stadtteile gehe.

**Der Ausschuss bittet, folgende Eingabe für erledigt zu erklären:**

**Eingabe-Nr.:** S 18/239

**Gegenstand:** Beseitigungsaufforderung für die Zuwegung zum Mirabellenweg

**Begründung:** Die Petition wendet sich gegen eine vom Umweltbetrieb Bremen geforderte Beseitigung von Betonwegen. Die Wege waren von einem Kleingartenverein, dessen Vorsitzender der Petent ist, als Ersatz für unbrauchbar gewordene Wege errichtet worden.

Der Rückbau der sanierten Wege war gefordert worden, da sie nicht den Vorschriften für eine behindertengerechte Nutzung entsprechen und nicht verkehrssicher sind. Die Stadt hat deshalb das Haftungsrisiko für den Ausbau abgelehnt.

In der Zwischenzeit wurde ein Gestattungsvertrag zwischen dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und dem Kleingartenverein geschlossen. Die Parteien einigten sich darüber, dass dem Kleingartenverein die Sorge für die Verkehrssicherheit des Ausbaus obliege und er jegliche Haftung bei eventuell auftretenden Schadensfällen übernehme. Im Gegenzug entfällt der Rückbau der Betonwege.

Der Ausschuss sieht insofern kein Erfordernis, in dieser Angelegenheit weiter tätig zu werden.

**Eingabe-Nr.:** S 19/27

**Gegenstand:** Gestaltung neuer Wohngebiete

**Begründung:** Der Petent fordert die Gestaltung neuer Wohngebiete. Er schlägt ein Nebeneinander von verschiedenen Bauformen und verschiedenen Bewohnergruppen vor. Die Wohngebiete sollten für unterschiedliche Nutzungszwecke geeignet sein und in die Natur eingebettet werden. Durch eine genossenschaftliche Besitzstruktur sollte die Trennung zwischen Besitz und Nutzung der Wohnungen und Häuser weitgehend aufgehoben werden. Zudem sollte der Straßenverkehr eingeschränkt werden. Die Petition wird von vier Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern unterstützt.

Der städtische Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt dar:

Das Anliegen des Petenten wird vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr unterstützt. Es wird bereits versucht, Wohngebiete auf diese Art und Weise zu gestalten. Insbesondere wird darauf hingewirkt, die Straßen in stärkerem Maße für Radfahrer nutzbar zu machen.

Der städtische Petitionsausschuss begrüßt das Anliegen des Petenten. Er sieht kein Erfordernis für ein weiteres Tätigwerden, weil der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bereits die Vorschläge des Petenten unterstützt.

**Eingabe-Nr.:** S 19/30

**Gegenstand:** Anschaffung neuer Straßenbahnen

**Begründung:** Der Petent fordert die Beschaffung von 97 neuen Niederflurbahnen für die Bremer Straßenbahn AG (BSAG). Diese sollten die vorhandenen reparaturanfälligen Bahnen ersetzen und für den Mehrbedarf auf den Neubaustrecken dienen. Der Petent beklagt, dass von den vorhandenen Bahnen viele nicht verfügbar seien, weil sie wegen diverser Schäden repariert werden müssten. Dies führe zu Ausfällen im öffentlichen Personennahverkehr. Eine Reparatur der alten Bahnen sei nicht sinnvoll, weil sie zu klein für die zu bewältigenden Fahrgastzahlen seien. Zudem gebe es kaum noch Ersatzteile für diese Fahrzeuge. Durch den Ausbau des Streckennetzes würden zusätzliche Bahnen benötigt. Die Petition wird von 73 Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern unterstützt.

Der städtische Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt dar:

Der Senat hat die Beschaffung von 67 Neufahrzeugen beschlossen. Zehn Fahrzeuge sollen aufbereitet werden. Die kritischen Schwachstellen sind bei den betroffenen Fahrzeugen verbessert worden. Die zusätzlichen Straßenbahnen, die für die Streckenerweiterung benötigt werden, befinden sich bereits im Bestand der BSAG. Es ist grundsätzlich richtig, dass aufgrund der steigenden Nachfrage zukünftig mehr Straßenbahnen benötigt werden. Die neuen Modelle weisen

allerdings bereits mehr Kapazitäten auf, sodass die BSAG in der Lage sein wird, alle Straßenbahnlinien vollumfänglich zu bedienen. Dem Anliegen des Petenten wird somit Rechnung getragen.

**Eingabe-Nr.:** S 19/56

**Gegenstand:** Erhalt und Zugänglichkeit des Spielplatzes zwischen Hardenbergstraße und Kornstraße

**Begründung:** Die Petentin fordert, den gesamten Spielplatz zwischen Hardenbergstraße und Kornstraße öffentlich zugänglich zu belassen. Sie kritisiert, dass der Beirat Neustadt auf die Fläche des Spielplatzes eine Kindertagesstätte bauen wolle und nur ein kleiner Teil der Fläche als öffentlicher Spielplatz erhalten bleiben solle. Die Petition wird von 231 Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern unterstützt.

Der städtische Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petentin eine Stellungnahme der Senatorin für Kinder und Bildung eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt dar:

In Bremen werden zusätzliche Kinderbetreuungsplätze benötigt. Deshalb sind Flächen für den Bau neuer Kindergärten gesucht worden. Vor diesem Hintergrund hat der Beirat Neustadt die Senatorin für Kinder und Bildung gebeten zu prüfen, ob die Fläche des Spielplatzes in der Hardenbergstraße für den Bau einer Kindertagesstätte geeignet ist. Die Eignung wurde zwar bejaht, da es aber noch weitere geeignete Flächen gibt, ist die Senatorin für Kinder und Bildung nach der Durchführung einer Interessensabwägung zu dem Ergebnis gekommen, den Spielplatz nicht zu bebauen. Insofern hat sich die Petition erledigt.